



FDP | 05.12.2013 - 16:00

BMZ gegen Diskriminierung sexueller Minderheiten



Am 5. und 6. Dezember veranstaltet das BMZ eine multilaterale Konferenz zur Stärkung der Rechte von Lesben, Schwulen und bi-, trans- und intersexuellen (LSBT) Menschen. "Wir haben die Menschenrechte verbindlich zum Leitprinzip der Entwicklungszusammenarbeit gemacht", betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp (FDP), im Voraus. Dazu gehörten ausdrücklich auch LSBT-Rechte.

"Wir unterstützen zahlreiche Organisationen finanziell und politisch dabei, gegen sexuelle Diskriminierung und für den Abbau von Vorurteilen einzutreten", erklärte Kopp weiter. Dies sei dringend notwendig: In viel zu vielen Ländern werde Homosexualität noch unter Strafe gestellt. Gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband Deutschland und eingeladenen Vertretern der Politik und Zivilgesellschaft aus 21 Ländern wird das Entwicklungsministerium deshalb Strategien zur Verbesserung der internationalen LSBT-Rechtssituation diskutieren.

Die Entwicklungen im Bereich strafrechtliche oder gewalttätige Verfolgung von Homosexuellen seien insbesondere in Afrika besorgniserregend, so eine Erklärung des BMZ. Unter anderem werden sexuelle Minderheiten sowie ihre Angehörige bedroht und angegriffen. Diesen wird auch teilweise der Zugang zu Gesundheitsprogrammen, beispielsweise im Bereich der HIV/Aids-Versorgung, verweigert. Das BMZ setzt sich diesem Trend entgegen und unterstützt Initiativen wie die Organisation GALCK (Gay and Lesbian Coalition of Kenya), die sich dafür einsetzt, die Gesundheitsversorgung und Rechtssituation vor Ort zu verbessern.

